Die Sakralisierung der Identität

Eine Soziologie der Identitätspolitik

Marlene Müller-Brandeck

von Nils Haacke

Marlene Müller-Brandeck (2025). Die Sakralisierung der Identität – Eine Soziologie der Identitätspolitik. Campus Verlag.
312 Seiten, 40 €
ISBN: 978-3-59-352100-8

Wenige Begriffe polarisieren die soziologische Debatte der letzten Jahre so verlässlich wie der der Identitätspolitik. Zwischen dem Anspruch, strukturelle Diskriminierung sichtbar zu machen und Emanzipation voranzutreiben, und dem Vorwurf einer Beförderung gesellschaftlicher Fragmentierung verläuft ein Konflikt, der die wissenschaftliche Beobachtung anhaltend beschäftigt. Innerhalb dieses Spannungsverhältnisses verortet sich Marlene Müller-Brandecks Dissertation „Die Sakralisierung der Identität – Eine Soziologie der Identitätspolitik".

Als Ziel gibt sie an, die in Frage stehende Politik aus der hitzigen Debatte um Legitimität, gesellschaftspolitische Produktivität und ‚eigentliche' Zielsetzungen entsprechender Strömungen herauszulösen. Hierzu interpretiert die Dissertation Identitätspolitik entlang einer systemtheoretisch orientierten Heuristik als Semantik. Anstatt sich in den normativ-politischen Debatten um das Für und Wider zu verstricken, legt die Arbeit so den Fokus auf die Frage, wie die identitätspolitische Position inhärent funktioniert und Sinn strukturiert. Hierauf aufbauend will die Autorin beantworten, wie Identitätspolitik in den letzten Jahren so viele Menschen anspricht. Dieser Zugang macht die Dissertation zu einem innovativen Projekt und öffnet eine bislang fehlende Forschungsperspektive.

Identitätspolitik als Semantik sozialer Ungleichheit

Für Müller-Brandecks Argumentation ist dabei die Annahme zentral, dass die identitätspolitische Semantik ganz grundsätzlich auf das ‚Problem' (struktureller) Ungleichheit reagiert. Die moderne Gesellschaft stellt uneingeschränkte Vollinklusion sämtlicher Individuen in Aussicht, enttäuscht dieses Versprechen jedoch systematisch. An dieser Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit setzt Identitätspolitik an: Sie bietet eine kommunikative Ressource, um nicht eingelösten Inklusionsversprechen einen greifbaren Sinnhorizont zu verleihen, indem das Bild einer gegenwärtig falsch, weil ungerecht, konstruierten Gesellschaft skizziert ist. Gleichzeitig antizipiert diese Perspektive mit dem politischen Kampf gegen Ungleichheit und Diskriminierung eine positive Entwicklung für die Zukunft. Darüber hinaus lassen sich, so die Autorin, in der Auseinandersetzung mit beobachteter Ungleichheit individuelle und kollektive Identitäten schärfen. Individuen erkennen sich als von Ungleichheit betroffen, finden andere mit ähnlichen Erfahrungen und formieren Gegengemeinschaften in Abgrenzung zu einem als ‚Mehrheitsgesellschaft' gedachten Außen. Der sozialen Ungleichheit wird somit im Buch eine Doppelfunktion zugeschrieben: Einerseits erzeugt die Betroffenheit von Ungleichheit Frustrationen und Leidensdruck. Andererseits dient sie als Grundlage für kollektive Sinnsuche und Identitätsbildung.

Zur Entfaltung ihrer Argumentation führt Müller-Brandeck eine theoretische Stellungnahme zu sozialer Ungleichheit aus, also zu einem der zentralen Themen der Soziologie. Inwiefern Ungleichheit tatsächlich ‚struktureller' Natur ist, ist in der Systemtheorie nämlich umstritten. Der prägendste Theoretiker der soziologischen Systemtheorie Niklas Luhmann merkte hierzu an, dass die moderne Gesellschaft keine, anhand konkreter Merkmale festgelegte, Ungleichheitsstruktur zu ihrer Selbsterhaltung benötigt. Die Autorin leitet her, inwiefern sie für ihre Arbeit dennoch von strukturell inskribierter Ungleichheit ausgeht: Zwar erfüllt Ungleichheit in der Sachdimension der Kommunikationssysteme tatsächlich keine ordnungsstabilisierende Funktion; In Anlehnung an Pierre Bourdieu und Stefan Hirschauer wird allerdings herausgestellt, dass in der Sozialdimension durchaus hierarchisierende, strukturelle Unterscheidungen eingeschrieben sind. Die Frage, ob und inwiefern soziale Ungleichheit nun strukturbildend für die moderne Gesellschaft ist oder nicht, ist am Ende aber auch gar nicht so entscheidend, solange es unstrittig bleibt, dass Ungleichheit in der modernen Gesellschaft vorkommt und dass dies ein Thema ist, welches für zahlreiche Beobachter*innen eine große Relevanz besitzt.

Um zu rekonstruieren, auf welche Weise die „identitätspolitisierende Semantik" (S. 16) auf das Thema der Ungleichheit blickt, lässt Müller-Brandeck Texte des in Frage stehenden Genres ausführlich selbst zu Wort kommen. Die Arbeit leitet die semantische Logik direkt aus sogenannter autosoziobiografischer Literatur ab. Entsprechende Werke - etwa „Exit RACISM" von Tupoka Ogette oder „Fa(t)shionista" von Magda Albrecht – verbinden individuelle Erfahrungen von sozialer Ungleichheit mit theoretischen Deutungsangeboten. Die Autor*innen berichten von ihrem Lebensweg in einer Gesellschaft, in der sie auf die ein oder andere Weise der strukturellen Diskriminierung ausgesetzt sind, sowie von ihrem Umgang mit dieser Erfahrung. Oftmals erfüllen die Werke auch eine ratgebende Funktion für Betroffene und interessierte Dritte. Für ein umfassendes Bild ihres Beobachtungsgegenstands erweitert die Arbeit den Blick auf die historischen Vorläufer der aktuellen identitätspolitischen Strömungen. Hier stehen einerseits Arbeiter*innenbiografien aus der Zeit von 1895 bis 1930 im Fokus. Andererseits berücksichtigt die Autorin feministische Literatur aus den 1970er und 1980er Jahren. Zusammen mit 27 identitätspolitisierenden Autosoziobiografien bilden so insgesamt 48 Werke einen sehr umfangreichen Materialkorpus für diese Dissertation. Der ausführliche Blick auf empirisches Material ist dabei eine große Stärke.

Diskriminierung/Privileg als neue Leitunterscheidung

Anhand der Autosoziobiografien wird herausgestellt, wie sich eine Semantik etabliert, die das ‚Problem' der Ungleichheit entlang der Leitunterscheidung Diskriminierung/Privileg ordnet. Der Bezug auf Luhmanns Konzept der Leitunterscheidung erscheint instruktiv und macht es dem*der Leser*in auf hervorragende Weise nachvollziehbar, wie die identitätspolitisierende Semantik Gesellschaft beobachtet. Per Definition handelt es sich bei einer Leitunterscheidung um eine besonders wirkmächtige, leistungsstarke Kommunikations- bzw. Beobachtungslogik, welche – wie in diesem Fall – eine ganz eigene semantische Welt hervorbringt. So kann nahezu jedes auftauchende Thema eingeordnet werden. Das leuchtet für den Beobachtungsgegenstand unmittelbar ein, denn in den untersuchten Büchern lässt sich bestens nachverfolgen, dass tatsächlich sämtliche Situationen vor dem Hintergrund von Diskriminierungserfahrungen eingeordnet werden können. Müller-Brandeck führt aus, wie die Autor*innen der identitätspolitisierenden Werke einen sprichwörtlichen „Diskriminierungsseismographen" (S. 74) in ihre Wahrnehmung eingebaut haben. Jede Situation kann darauf abgefragt werden, ob (versteckte) Diskriminierungen stattfinden oder nicht. Dabei ist es unerheblich, ob dies von der verursachenden Person so intendiert ist – der*die Beobachter*in behält sich die Deutungshoheit dahingehend vor, ob und inwiefern eine Diskriminierung erfolgt. Das Privileg bildet in der Leitunterscheidung den Reflexionswert und dient zur Markierung der Außenseite einer sich vollziehenden Diskriminierung. Die Autorin plausibilisiert diese Anwendung anhand zahlreicher Beispiele. So wird die gut gemeinte Nachfrage nach dem ‚tatsächlichen' Herkunftsland an eine migrantisch gelesene Person als rassistisch codierte Diskriminierung ausgelegt; ein Gespräch, welches auf das Thema einer gesunden Ernährung gelenkt wird, kann als Ausdruck einer Diskriminierung von ‚Dicken' eingeordnet werden.

Eine weitere Eigenschaft der Leitunterscheidung ist, dass sie es vermag, ältere Unterscheidungen und Semantiken zu absorbieren. Dies gibt der Autorin den Ausschlag für einen Abgleich mit der These, dass die Leitunterscheidung Diskriminierung/Privileg in einer Tradition mit den älteren Horizonten sozialer Ungleichheit Arbeit/Kapital sowie Mann/Frau steht. Zumindest innerhalb der eigenen Logik der identitätspolitisierenden Texte absorbiert die neue Perspektive tatsächlich die vormaligen Unterscheidungsformen, denn auch Arbeit/Kapital und Mann/Frau lassen sich entlang des Schemas von Diskriminierung und Privileg beschreiben. Die Arbeit bleibt dabei streng textanalytisch – ein empirischer Zugang jenseits der Semantik wäre zwar denkbar, ist aber erklärtermaßen nicht Ziel des Projekts.

Sinnsuche in einer partikularisierten Gesellschaft

Im nächsten Argumentationsschritt führt Müller-Brandeck detailliert aus, wie die identitätspolitisierende Semantik im Kontext aktueller gesellschaftlicher Gegebenheiten für zahlreiche Beobachter*innen offenbar ein attraktives Schema ist, um die Welt gedanklich zu strukturieren. Dies führt sich darauf zurück, dass in Anwendung der Leitunterscheidungen im Kontext Ungleichheit Frustrationen mit der Moderne abgefedert werden können, indem das Individuum enttäuschten Erwartungen und negativen Affekten eine Ursache zuschreiben kann: Die Gesellschaft ist nun einmal falsch und ungerecht konstruiert, sie gibt nur vor egalitär aufgebaut zu sein, während sie es faktisch nicht ist und Machthaber*innen (die ‚Privilegierten') auch gar keine positiven Veränderungen wünschen. Zudem öffnet die Logik, wie bereits erwähnt, den Blick auf eine bessere Zukunft, was ebenfalls hilfreich sein kann, da dies mit einem Gefühl von Handlungsfähigkeit ausstattet. Erneut werden die Annahmen am empirischen Material illustriert, wobei die spezielle Leistungsfähigkeit der Semantik besonders eindrucksvoll anhand des Motivs der von Müller-Brandeck so genannten „Offenbarung" (S. 213) nachvollziehbar wird. In die autosoziobiografischen Texte ist in aller Regel ein plötzliches Moment der Erkenntnis eingeschrieben, welches einen Wendepunkt im Leben der jeweiligen Autor*innen markiert. Ein vormals diffuses Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit und ein damit zusammenhängender schwelender Leidensdruck nehmen mit einem Mal eine greifbare Form an. Entlang des Schemas Diskriminierung/Privileg bildet sich ein neues, kohärentes Deutungsmuster, welches aus sich selbst heraus eine befreiende Wirkung zu entfalten scheint.

Anschließend spannt Müller-Brandeck den Bogen zur titelgebenden „sakralisierten Identität". In der Moderne besteht ein grundsätzlicher Bedarf zur Ausbildung von individueller und kollektiver Identität. Fragen des ‚wer bin ich, wer sind wir, wer wollen wir sein – und wer nicht' kommt mitunter ein quasi-religiöser Charakter zu, worauf auch der Titel der Arbeit anspielt. An Orientierungspunkten für die Identitätssuche scheint mit dem voranschreitenden Schwund der Integration durch Großkollektive, wie dem Nationalstaat, eine gesteigerte Nachfrage zu bestehen. Das Individuum sehnt sich nach solidarischer Gemeinschaft in einer hyperkomplexen Gesellschaft, die einem kalt und feindlich gegenüber zu stehen scheint – dies lässt sich in der gemeinsamen Betroffenheit durch Ungleichheit bzw. dem geteilten Ziel, hiergegen vorgehen zu wollen, finden. Soziale Ungleichheit kann also semantisch dazu benutzt werden, kollektive und individuelle Identitäten zu integrieren. Allerdings geschieht dies stets auf Kosten dessen, dass es einer ‚Außenseite' bedarf, die auf der Seite des Privilegs markiert ist.

Die Entwicklungslinien emanzipatorischer Kämpfe

Die Dissertation gibt ebenfalls Aufschluss darüber, welche Entwicklungslinien hinter der zeitgenössischen Identitätspolitik stehen. Hier folgt die Autorin der im Buch etablierten Richtung vom Kampf der Arbeiter*innen gegen das Kapital hin zum Widerstand der Feminist*innen gegen das Patriarchat bis schließlich zur Bekämpfung intersektional gedachter Diskriminierungen. Grundsätzlich ist ein genereller Komplexitätszuwachs in der Semantik festzustellen. Die Arbeit erkennt – erneut in Anlehnung an Luhmann – eine Dynamik der Anspruchsinflation als treibende Kraft hinter dem Komplexitätszuwachs in der Ungleichheitssemantik. Mit der Zeit hegen Individuen nicht mehr nur oder vor allem Anspruch auf ökonomische Teilhabe. Stattdessen steht die Partizipation an potentiell allen Funktionsbereichen der modernen Gesellschaft in Aussicht – also an Macht, an Wissen, an Geld usw. Somit multiplizieren sich Ungleichheitsdimensionen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite vollzieht sich eine Vermehrung legitimer Sprecher*innenpositionen. Immer differenziertere Unterscheidungen zwischen Unterdrückten und Unterdrücker*innen etablieren sich, die auf immer mehr lebensweltliche Kontexte übertragen werden können, bis schließlich nahezu jede Konstellation der Benachteiligung als Konsequenz eines Unterdrückungszusammenhangs interpretiert werden kann.

Müller-Brandeck beschreibt, wie die Leitunterscheidung Diskriminierung/Privileg in der Konsequenz angestiegener Gesamtkomplexität ihre Reflexivwerdung vollzieht. Dies markiert auch einen qualitativen Unterschied zu den historischen Vorläufern emanzipatorischer Kämpfe. Zuvor war es anhand der ökonomischen Klasse oder des zugeschriebenen Geschlechts recht klar zugewiesen, wer auf welcher Seite der Ungleichheit stand. Nun können mittels der deutlich komplexeren Semantik alle vermeintlich oder tatsächlich marginalisierten Gruppen und Individuen beanstanden, von Diskriminierung betroffen zu sein. In der Konsequenz wird es zum Gegenstand der Kommunikation entlang der Leitunterscheidung Diskriminierung/Privileg, inwiefern Ungleichheit darüber besteht, wer wo überhaupt Ungleichheit beanstanden kann. Dies geht so weit, dass sich kursierende Interpretationen dahingehend, welche Gruppe von Diskriminierung betroffen bzw. mit Privilegien ausgestattet ist, mitunter diametral gegenüberstehen. Spätestens für diesen Kontext fällt auch auf, dass die Leitunterscheidung Diskriminierung/Privileg zwar die vorläufigen Unterscheidungsformen innerhalb ihrer eigenen Logik absorbieren kann, nicht aber im Hinblick auf das tatsächliche empirische Geschehen. So halten sich auch hartnäckige Konflikte mit ‚älteren' Versionen der Leitunterscheidung. Akteure wie Sara Wagenknecht oder Alice Schwarzer vertreten beispielsweise offenkundig die Position, dass die Unterscheidungen Kapital/

Arbeit und/oder Mann/Frau nach wie vor die adäquaten Formen seien, um soziale Ungleichheit zu erfassen.

Ein argumentativer Clou der Arbeit ist dann, dass der anhaltende Erfolg des Rechtspopulismus als rechte Identitätspolitik, als strukturelles Äquivalent zur linken, emanzipatorischen Identitätspolitik, eingeordnet wird. Diese politische Strömung dreht die Leitunterscheidung für ihre Beobachtungsperspektive passend um und sieht sich ihrerseits diskriminiert von linken Gesinnungskrieger*innen sowie einer globalistisch-neoliberalen Elite. Von dem die Aufklärung tragenden Emanzipationsgedanken hat sich der Rechtspopulismus dabei allerdings in einer reflexiven Bewegung emanzipiert. Sowohl progressive als auch konservative Identitätspolitiken reagieren demnach auf (reale oder eingebildete) Erfahrungen mit Ungleichheit und bespielen ein Bedürfnis nach Identität. Beide tun dies über die semantische Hervorbringung eines Kollektivs, welches sich als Innen eines Außen konturiert – als Abweichung von der so gedachten Mehrheitsgesellschaft privilegierter Eliten und ‚Anderer'. Dies ist erneut eine scharfsinnige und aufschlussreiche Beobachtung der Autorin. An verschiedenen Stellen macht Müller-Brandeck dann auch darauf aufmerksam, dass die Identitätspolitik eine typische moderne Bewegung ist, die, trotz der Fähigkeit, die insgesamt gestiegene Gesamtkomplexität sozialer Verhältnisse treffender abzubilden, keine grundsätzlich neuartigen Strategien des Umgangs mit derselben hervorbringt. Identitätspolitik folgt dem europäischen Aufklärungsideal und neigt entsprechend dieser Tradition zur Konstruktion von „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen" (S. 159). Demnach unterscheiden sich verschiedene Gesellschaften im Grad ihrer Fortschrittlichkeit und Zivilisiertheit. Da freilich immer das eigene Kollektiv das am weitesten fortgeschrittene ist, rechtfertigte diese Idee in der Vergangenheit Eurozentrismus, Missionarstum und Kolonialismus; im Falle der Identitätspolitik dient diese Art des Denkens mindestens zur moralischen Selbstvergewisserung.

Systemtheoretische Grenzen und offene Fragen

Einen Aspekt der Dissertation, der offene Fragen hinterlässt, möchte diese Rezension gegen ihr Ende hin noch ansprechen. Die Arbeit verpasst es ein Stück weit, ihre theoretischen Einsichten in die gesellschaftspolitische Debatte um Identitätspolitiken rückzubinden. Das ist zunächst nachvollziehbar, da die Autorin ihren Fokus dezidiert auf die systemtheoretische Analyse der identitätspolitischen Semantik legt – irritierend wird es allerdings dort, wo sie in vier eingeschobenen „Kontroversen" selbst die Brücke zur Kritik an Identitätspolitik schlägt. In diesen Kontroversen werden zunächst kursierende Kritiken an der Vorgehensweise der Identitätspolitik ihrem Inhalt nach rekapituliert.

Entfernt sich Identitätspolitik von materiellen Fragen, obwohl ‚Klassenzugehörigkeit' nach wie vor die weitreichendsten Effekte auf lebensweltliche Realitäten hat? Geht es der Identitätspolitik wirklich um eine gerechtere Gesellschaft oder vielmehr um das Ausleben eines Opfer-Fetischs kombiniert mit einer Anspruchshaltung auf Sonderrechte? Und zuletzt: trägt Identitätspolitik mit ihrer Eigenschaft, immer neue diskriminierte Gruppen zu entdecken, zur Partikularisierung und Essentialisierung von Konflikten bei? Der letzte Punkt wird in der Debatte mitunter so weitgreifend formuliert, als dass erst die progressive Identitätspolitik den politischen Erfolg des Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien (mit)ermöglicht haben soll.

Müller-Brandeck geht auf diese Kritiken ausführlich ein und weist sie weitestgehend systemtheoretisch zurück. Hierzu rückt die Autorin Identitätspolitik als Reaktion auf faktisch bestehende Ungleichheiten und als adäquate, weil funktional anschlussfähige Antwort auf einen sich ohnehin vollziehenden Komplexitätszuwachs ins Licht. Aus systemtheoretischer Perspektive ist das zunächst konsequent. Dem Vorwurf, Partikularisierung mit voranzutreiben, ließe sich demnach nur entgehen, indem Kommunikation über erlebte Ungleichheit trotz Gleichheitsversprechen unterbliebe – also indem Benachteiligungen schlicht akzeptiert würden. Müller-Brandecks Argumentation gerät an dieser Stelle jedoch in eine leichte theoretische Schieflage. Die Systemtheorie kennt weder Kausalität im Sinne politischer Wirkungsketten noch Fragen nach Schuld und Verantwortung. Dass Identitätspolitik vom Vorwurf einer Mitschuld an gesellschaftlicher Partikularisierung und Spaltung entlastet wird, ist zwar verständlich, führt aber zu einem normativen Bias: Wenn Ungleichheit und ihre Problematisierung als Semantik begriffen werden, dann ist auch Identitätspolitik nicht einfach eine Reaktion, sondern Teil jener Semantik, die Komplexität aktiv mit hervorbringt und immer mehr Gruppen entdeckt, die von Ungleichheiten betroffen sind. Sie lässt sich folglich ebenso wenig schuldig sprechen wie entschulden.

Bringt man die Einsichten der Arbeit jenseits des systemtheoretischen Begriffsrahmens probehalber wieder ins Gespräch mit den kursierenden Kritiken, erscheinen diese zudem weniger eindeutig unzutreffend, als es zunächst scheint. Die von der Kritik beklagte diskursive Zerfaserung von Großkollektiven steht durchaus in einem sachlichen Zusammenhang mit den Ergebnissen der Arbeit. Eine nurmehr reflexiv anwendbare Leitunterscheidung Diskriminierung/Privileg befördert einen Polysemantismus, der konfliktive Auslegungen zulässt und zudem auch die älteren Leitunterscheidungen nicht integriert. Überall dort, wo die reflexive Leitunterscheidung angewendet wird, reproduziert sich die Partikularisierung mitsamt ihrer Folgeprobleme – und in den progressiv-identitätspolitischen Diskurszusammen-

hängen geschieht dies exzessiv, wie die Arbeit anhand des Blicks in die genretypische Literatur selbst aufzeigt. Die Perspektive der Identitätspolitik mag eine adäquate Art und Weise anbieten, um im Zustand gesteigerter Komplexität über Ungleichheit zu sprechen; sie trägt jedoch zugleich zur fortlaufenden Partikularisierung bei. Pointiert und systemtheoretisch leicht unsauber ließe sich formulieren: Wer eine Semantik reflexiver Ungleichheit etabliert, ohne die Frage zu integrieren, anhand welcher Parameter über das Thema gesprochen wird, schafft damit notwendigerweise einen Diskursraum, in dem auch andere Akteur*innen – einschließlich politischer Gegenbewegungen – Ungleichheit semantisieren können; und zwar nicht immer in einer Weise, die den ursprünglichen Akteur*innen normativ genehm ist. Die Schuld für die Entstehung dieser Konstellation kann der Identitätspolitik aber auch so betrachtet nicht sinnvollerweise zugeschoben werden.

Fazit

Am Ende bleibt trotz der offen gebliebenen Anfrage ein rundum positiver Eindruck von Müller-Brandecks Dissertation. Der angesprochene Punkt schmälert nicht die Kohärenz der Ergebnisse, während die leichte Reibung der Perspektiven dazu anregt, sich über die Systemtheorie hinaus mit der Identitätspolitik auseinanderzusetzen. Die Autorin stellt eindrucksvoll und sachlich heraus, wie Identitätspolitik als Semantik aufgebaut ist – eine Wertung überlässt sie größtenteils ihrem Publikum. Das Buch ist somit sowohl Leser*innen ans Herz zu legen, die systemtheoretisierende Soziologie zu schätzen wissen, als auch Leser*innen, die allgemein am Thema der Identitätspolitik interessiert sind. Auch und vielleicht sogar vor allem nahezulegen ist die Dissertation denjenigen, welche der Identitätspolitik kritisch gegenüberstehen. Denn Müller-Brandeck ermöglicht ihrem Publikum gerade über ihre theoretische Distanz ein empathischeres Verstehen identitätspolitisierender Akteur*innen, indem sie nachvollziehbar werden lässt, warum diese Semantik für Viele in der aktuellen Situation so eine hohe Attraktionskraft hat; warum sie für viele Menschen ‚funktioniert', um die Welt in Gedanken zu ordnen. Man muss in der Folge nicht sogleich selbst zum*zur glühenden Verfechter*in der aktuellen intersektional-emanzipatorischen Projekte mutieren – aber das Wissen darum, wieso derartige Rhetoriken für zahlreiche Beobachter*innen nun einmal so überzeugend sind, lohnt sich allemal.

ZUM AUTOR

Nils Haacke promoviert an der Uni Freiburg zum Thema „Anomische Komplexität". In seiner Dissertation arbeitet er daran, das soziologische Konzept der Anomie für die Systemtheorie nach Niklas Luhmann fruchtbar zu machen. Für das *Soziologiemagazin* betreut er Reviews und Lektorate und fungiert als Ansprechpartner für den Wissenschaftlichen Beirat.

Transparenzhinweis: Marlene Müller-Brandeck war von 2019 bis 2023 Mitglied der Redaktion des *Soziologiemagazins*. Aus dieser Zeit besteht eine Bekanntschaft mit dem Verfasser der Rezension. Die Besprechung entstand unabhängig und aus persönlichem sowie wissenschaftlichem Interesse am Thema der Dissertation. Eine vollständige Neutralität kann dennoch nicht garantiert werden.

Der Beitrag wurde von **Konstantin Schiewer** lektoriert.

Open Access © 2026 Autor*innen. Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).